

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserate werden Montag und Donnerstag bis Mittag 12 Uhr angenommen.

Nr. 89.

Freitag, den 8. November

1889.

Bekanntmachung, den Bezirkstag betreffend. Freitag, den 15. November d. J., von Vormittags 11 1/2 Uhr an,

wird im Sitzungssaale der königlichen Amtshauptmannschaft hier **Bezirkstag** abgehalten werden. Die Verhandlungen sind mit Ausnahme von Punkt 5 der Tagesordnung öffentlich. Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in hiesiger Hausflur zu ersehen. Meißen, am 1. November 1889.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung, die Straßensperrung in der Glnr Niederwartha betreffend.

Wegen vorzunehmender Versteinung der Straßenstrecke von dem Gasthose in Niederwartha bis zur Auffahrt nach der dortigen Haltestelle der Berlin-Dresdner Eisenbahn bleibt diese Straßenstrecke **von Mittwoch, den 6. bis mit Sonnabend, den 16. dieses Monats** für allen Fahrverkehr gesperrt, und wird letzterer auf den bei dem Gasthose in Niederwartha abzweigenden und über den Ortsteil Gruna nach Cossebaude führenden Fahrweg verwiesen. Meißen, am 4. November 1889.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung.

Behufs Vornahme der diesjährigen hiesigen Stadtverordneten-Ergänzungswahl ist eine Liste der stimmberechtigten und wählbaren Bürger hiesiger Stadt angefertigt worden und hängt dieselbe vom **11. bis 26. dieses Monats** im hiesigen Rathhause zu Jedermanns Einsicht aus. Etwaige Einsprüche dagegen sind rechtzeitig und **spätestens bis zum 17. dieses Monats** bei dem unterzeichneten Bürgermeister anzubringen.

Nach Ablauf der gedachten Aushängezeit wird die Liste geschlossen, auch werden alle bis dahin in dieselbe nicht eingetragenen Bürger von der Wahl ausgeschlossen, sowie auch etwaige bis dahin nicht erlebte Einsprüche unberücksichtigt gelassen werden. Wilsdruff, am 5. November 1889.

Der Bürgermeister.
Sicker.

Tagesgeschichte.

Das Arbeitsmaterial für den Reichstag erweist sich reichlicher als nach der Thronrede geschlossen werden konnte. Dies erhellt auch aus der am 31. Oktober abgehaltenen Wochenplenaritzung des Bundesrathes, in welcher u. A. die neuen Vorlagen, betr. die weitere Ausprägung von Einpennig-Stücken, und betr. die Einrichtung einer Reichspostdampferlinie nach Ostafrika, den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden. Weiter ist aus der Sitzung noch zu erwähnen, daß der Bundesrath das neue Bankgesetz genehmigte.

Die dreitägige Generaldebatte des Reichstages über den Etat hat sich, wie zu erwarten stand, zu einer ausgebreiteten Erörterung über die gesammten gegenwärtigen politischen, finanzwirtschaftlichen und socialen Zustände im deutschen Reiche gestaltet, die theilweise recht scharfe persönliche Controversen hervorrief. Wenn man hierbei von freisinniger und socialdemokratischer Seite bemüht war, wöglichst grau in grau zu malen und die deutschen Verhältnisse in einem Lichte erscheinen zu lassen, daß die Zustände in Rußland oder der Türkei dagegen noch golden zu bezeichnen sein müßten, so hat eine derartige pessimistische Auffassung der Dinge bereits im Parlamente selbst entschiedene Zurückweisung erfahren. Aber auch außerhalb der parlamentarischen Kreise wird allseitig, ausgenommen die vollständig verbitterten und verhetzten Elemente in unserem Volke, die Ueberzeugung herrschen, daß jene pessimistischen Schilderungen durchaus übertrieben sind, und daß die Verhältnisse im deutschen Vaterlande denn doch noch nicht dem von den oppositionellen Rednern gezeichneten düstern Bild entsprechen, es braucht also auch ferner nicht an der Zukunft des Vaterlandes gezweifelt zu werden. Inzwischen dürfte die im Reichstage begonnene erste Lesung des neuen Socialistengesetzes wiederum recht bewegte parlamentarische Scenen zeitigen haben, nur wird die Generaldebatte hierüber noch keinen Schluß auf das Schicksal der Socialistenvorlage gestatten, dasselbe wird sich vielmehr aller Voraussicht nach in der Commission entscheiden, an welche der Entwurf nach der ersten Plenarlesung jedenfalls gelangt.

Der Sozialdemokrat Singer hat in der Reichstagsitzung vom Montag dem Bundesrathsbevollmächtigten Staatsminister Herrfurth gegenüber entschieden Verwahrung dagegen eingelegt, daß er die Durchführung der sozialdemokratischen Ideen auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung jemals für möglich erachtet habe. Darin liegt der unumstößliche Beweis dafür, daß die Bestrebungen der sozialdemokratischen Führer einzig und allein darauf gerichtet sind, die Unzufriedenheit systematisch zu schüren, Haß, Verbitterung, Verzweiflung und eine aller Ehrfurcht und Vaterlandsliebe bare Gesinnungsstohheit in die Massen hineinzugetragen, um so den Boden zu lockern und den allgemeinen Umsturz vorzubereiten. Es ist ihnen durchaus nicht um eine wirtschaftliche Hebung des sogenannten arbeitenden Volkes, um eine Steigerung des Antheils der Arbeiter an dem Ertrage der Produktion auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu thun, sondern um Erzeugung des

Klassenhasses, um Untergrabung der geselligen Ordnung zur Befriedigung ihrer eigenen Herrschaftsgelüste. Gegen solche Leute sich nach Kräften zu schützen, ist Pflicht aller derjenigen, welche in richtiger Erkenntniß der Bedingungen des menschlichen Daseins den Glauben haben, daß in der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Grundlagen für eine Entwicklung geboten sind, welche die Einschränkung des mit dem Menschenleben nun einmal ungetrennlich verbundenen Glends auf ein möglichst geringes Maß gestattet. Die Aufrichtung geselliger Schutzmittel gegen die Umtriebe der Sozialrevolutionäre ist für alle, die dieses Glaubens leben, eine politische und sittliche Nothwendigkeit. Diejenigen, welche sich selbst als grundsätzliche Gegner des Bestehenden hinstellen, müssen anders behandelt werden, als diejenigen, welche die zu Recht geltende Staats- und Gesellschaftsordnung als das Endergebnis einer langen historischen Entwicklung und die unerläßliche Voraussetzung neuer Entwicklungsformen betrachten. Beide können nicht mit demselben Maße gemessen werden, denn sie stehen eben Beide auf grundverschiedenen Anschauungen. Das gemeine Recht gilt nur für diejenigen, welche es als solches anerkennen; für solche, die das nicht thun, sind dagegen besondere Gesetzesmaßregeln, Ausnahmegesetze nothwendig. Und deren Wirksamkeit ist davon abhängig, daß die Behörden den rechten Gebrauch davon machen, daß sie dieselben ebenso energisch wie maßvoll zur Anwendung bringen. Wenn das nicht geschieht, dann sind alle Erörterungen in der Presse ziemlich zwecklos, zumal die besonnene Presse unter denjenigen, welche der sozialdemokratischen Agitation am leichtesten zugänglich sind, die wenigste Verbreitung findet. Und daß dies nicht geschieht, dafür wird von den sozialdemokratischen Agitatoren mit einem ganz besonderen Terrorismus gesorgt. In der Sonderstellung, welche die Führer der Sozialdemokratie der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber eingestandenemassen einnehmen, ist die politische und sittliche Nothwendigkeit besonderer Schutzgesetze begründet.

Einen Leitartikel über die Debatten des Reichstages zum Socialistengesetz schließt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit folgenden Worten: Wenn man im Hinblick auf die heute beginnenden Beratungen des neuen Entwurfs aus den gestrigen Verhandlungen einen Schluß auf die Stimmung des Hauses ziehen wollte, so würde derselbe dahin lauten, daß bei der Mehrheit des Hauses die Ueberzeugung herrscht, die Agitation der Sozialdemokratie könne unmöglich, wie es vor dem Erlaß des Socialistengesetzes der Fall war, völlig freigegeben werden. Hieraus ergibt sich, da der Wille zur Verständigung über die künftig zu ergreifenden Maßnahmen offenbar vorhanden ist, die Hoffnung, daß auch der Weg zu einer solchen gefunden werden wird, wenn auch die freisinnige Partei sich eifrig bemühen wird, die Sozialdemokratie im Kampfe um die völlige Aufhebung des Gesetzes zu unterstützen.

Stahlfurt, 3. November. (W. L. Bl.) In der herzoglich Anhaltischen neuen Schachtanlage hieselbst wurden die Arbeiter von einer Ansammlung von Schwefelwasserstoffgasen überrascht. 7 Arbeiter wurden getödtet, 2 schwer verletzt.